

PRESSEMITTEILUNG BUNDESSCHÜLERKONFERENZ

Psychische Gesundheit ist kein Sparposten

Bundesschülerkonferenz warnt vor fatalen Kürzungen

Die von der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses beschlossenen **Kürzungen im Bereich der psychischen Gesundheit für 2026 sind katastrophal**. Während wir in einer **tiefen Krise der mentalen Gesundheit von Schüler*innen** stecken, streicht die Politik genau dort, wo sie handeln müsste.

„Wir werden nicht akzeptieren, dass psychische Gesundheit als hinnehmbare Haushaltslücke und nicht als Menschenrecht behandelt wird.“ – Amy Kirchhoff, Generalsekretärin der Bundesschülerkonferenz

Wir begrüßen die Änderung des Zukunftspaketes für Bewegung, Kultur und Gesundheit mit einem stärkeren Fokus auf psychische Gesundheit. Doch gleichzeitig hier **um sechs Millionen Euro auf 3,28 Millionen Euro zu kürzen, zeigt erneut, dass schöne Worte allein keine Unterstützung schaffen**.

Besonders schwer wiegt die **Streichung der Mental-Health-Coaches**. Dieses niedrigschwellige Unterstützungsangebot war für zahlreiche Schulen eine der wenigen direkten Hilfen im Kampf gegen psychische Belastungen. **Sein ersatzloses Ende verschärft die Krise weiter und lässt Schüler*innen mit ihren Problemen allein**.

Die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung auf 15 Millionen Euro für psychische Gesundheit ist ein Schritt in die richtige Richtung. **Aber was nützen langfristige Pläne, wenn jetzt akute Hilfe fehlt? Wir brauchen jetzt Gelder!**

Damit das geplante neue Konzept jedoch tatsächlich wirkt, muss die Bundesschülerkonferenz als Expertin für die Lebensrealität von Schüler*innen an den Tisch. Denn **wer ohne uns plant, plant an der Realität vorbei**.

Unsere psychische Gesundheit muss jetzt Priorität werden!